

Kanton hat Grosses vor an Kreuzstrasse

STANS Das Gesicht der kantonalen Verwaltung an der Kreuzstrasse verändert sich komplett. Priorität haben Gefängnis, Polizei und Strasseninspektorat.

MATTHIAS PIAZZA
matthias.piazza@nidwaldnerzeitung.ch

Sie sind in die Jahre gekommen, die Gebäude an der Kreuzstrasse. 36 Jahre hat das Polizeigebäude auf dem Buckel, 27 Jahre das Gefängnis. Das Strasseninspektorat ist in einer Halle untergebracht, die Ende der 1970er-Jahre erbaut wurde. Der Zahn der Zeit hat seine Spuren hinterlassen. «Die verschiedenen Gebäude sind renovationsbedürftig, die Infrastrukturen nicht mehr auf dem neusten Stand», erklärt Baudirektor Josef Niederberger. Auch bedauert er, dass das kantonseigene, rund 33 000 Quadratmeter grosse Areal nicht besser ausgenutzt ist.

Nicht mehr gesetzeskonform

Sorgenkinder der Regierung sind vor allem das Gefängnis und die Einsatzleitzentrale der Polizei. «Wir können die gesetzlich vorgeschriebenen Betriebsabläufe im Gefängnis nicht mehr einhalten und haben uns darum Gedanken gemacht», erklärt Sicherheits- und Justizdirektorin Karin Kayser. Sie spricht von fehlender Betreuung der Insassen, vor allem nachts, von wenig Beschäftigungsmöglichkeiten und lückenhaften Überwachungsanlagen. Nicht mehr zeitgemäss sei etwa die Besucherkontrolle im Eingangsbereich. Nicht optimal sei auch der aktuelle Standort. «Der Polizist muss mit dem Häftling vom Polizeigebäude auf dem Weg ins Gefängnis quer über den ganzen Platz gehen.» Ebenso fehlten Nebenräume, etwa zum Aufbewahren von Wäsche oder für Befragungen. Als Problem erachtet Karin Kayser auch die Tatsache, dass das Gefängnis baulich nicht auf die unterschiedlichen Haftarten ausgelegt ist.

Kompletter Neubau statt Sanierung

Eine Sanierung und Teilerweiterung wurde von der Regierung verworfen, da so ihrer Ansicht nach nicht alle Probleme gelöst werden. In der Gesamtbetrachtung sei ein kompletter Neubau die Lösung, so Kayser. Mit dieser Variante

könnten die Betriebsabläufe zwischen Gefängnis, Staatsanwaltschaft und Polizei optimiert und das Areal besser genutzt werden. Auch habe man so das beste Preis-Leistungs-Verhältnis, zumal die Bedürfnisse nach Gefängnisplätzen in den nächsten Jahren steigen würden. «Ab 2018 sollen zudem wieder vermehrt kurze Freiheitsstrafen ausgesprochen werden können», sagt Kayser. Kurzstrafen statt Bussen: Auch deshalb brauche es mehr Plätze. Aktuell hat das Gefängnis 36 Plätze.

Im Neubau wäre auch ein Trakt für Insassen vorgesehen, die vor der Ausschaffung stehen. Der Bund übernimmt für ein Ausschaffungsgefängnis bis 100 Prozent der Baukosten. Ohne eigene Ausschaffungshaftplätze müsste der Kanton Nidwalden künftig «seine» Asylsuchenden, die das Land verlassen müssen, nach Prêles BE schicken, eines der zwei

Ausschaffungsgefängnisse im Konkordat der Nordwest- und Innerschweiz, dem auch die Kantone Aargau, beide Basel, Bern, Luzern, Obwalden, Schwyz, Solothurn, Uri und Zug angehören. Auf Nidwalden würden Mehrkosten zukommen wegen des weiten Transportweges und des zusätzlichen Aufwands wegen der nötigen Behördenkontakte. Wie auch für die anderen Zentralschweizer Kantone sei diese Lösung offensichtlich nicht optimal. Den Entscheid, ob in Stans ein zentrales Ausschaffungsgefängnis realisiert werden soll, fällt die Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren voraussichtlich im November.

Plätze für die Administrativhaft und die Verbüssung von Kurzstrafen sollen ebenfalls anderen Kantonen gegen Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Damit könnte das Gefängnis auch in einer rentablen Grösse betrieben werden.

Und auch die Polizei braucht Gefängniszellen. «Wenn beispielsweise nachts eine Einbrecherbande festgenommen wird, müssen die Personen getrennt voneinander eingeschlossen werden», so Kayser. Genügend Platz braucht es auch für die Untersuchungshaft. Diese auszulagern, wäre aufgrund der vielen Fahrzeiten von Behörden, Anwälten, Dolmetschern und so weiter nicht wirtschaftlich.

Einsatzzentrale ist veraltet

Zweites Sorgenkind an der Kreuzstrasse ist das Polizeigebäude. Beim Haupttrakt stehen grössere Sanierungen an. Und die sicherheitstechnischen Einrichtungen haben das Ende ihrer Lebenszeit erreicht. Ersatzteile sind zum Teil nicht mehr erhältlich. Das betrifft besonders die Einsatzleitzentrale aus dem Jahr 2004. Ob diese ersetzt wird, ist al-

lerdings noch nicht klar. «Wir können uns auch vorstellen, dass die Polizeizentrale gemeinsam mit anderen Kantonen geführt wird. Eine solche Variante wird in der Polizeikommandantenkonferenz derzeit diskutiert.» Für Karin Kayser eine durchaus praktikable Lösung. «So müssen wir nicht selber eine teure Infrastruktur aufrechterhalten, die man nach 15 Jahren wieder ersetzen muss, weil sie veraltet ist. Und für den Bürger spielt es keine Rolle, ob sein Notruf nach Stans oder beispielsweise nach Luzern geht.»

Der Masterplan schliesst nicht nur Polizei und Gefängnis mit ein, sondern sämtliche acht Gebäudekomplexe an der Kreuzstrasse, also auch das Amt für Justiz, das Verkehrssicherheitszentrum und das Strasseninspektorat. Und auch das Asylzentrum, das zurzeit neben dem Kantonshospital Nidwalden in Stans beheimatet ist, soll dereinst an die Kreuzstrasse zügeln. «Wir bräuchten keine Provisorien und könnten die Betriebsabläufe durch die Verschiebung der Standorte optimieren», hebt Baudirektor Josef Niederberger die Vorteile eines Neubaus gegenüber Sanierungen hervor. «Mit dem Neubau nehmen wir die Verantwortung gegenüber der Bevölkerung wahr, halten die Gesetze ein und gehen mit dem Boden haushälterisch um», ergänzt Karin Kayser.

Bis in 20 Jahren realisiert

Realisiert werden soll das Grossprojekt in den nächsten 15 bis 20 Jahren. Ab 2017 soll geplant, ab 2019 gebaut werden. Über den Kredit für die einzelnen Bauetappen, die unabhängig voneinander realisiert werden, entscheidet der Landrat, bei höheren Beträgen auch die Bevölkerung. «Wir stehen derzeit ganz am Anfang des Projekts. Bis verbindliche Entscheide getroffen werden können, werden daher noch viele Gespräche zu führen sein», so Kayser.

Die Kosten betragen total rund 67,8 Millionen Franken. Als nächster Schritt befindet der Landrat noch dieses Jahr über den Projektierungskredit für den Masterplan von 450 000 Franken.



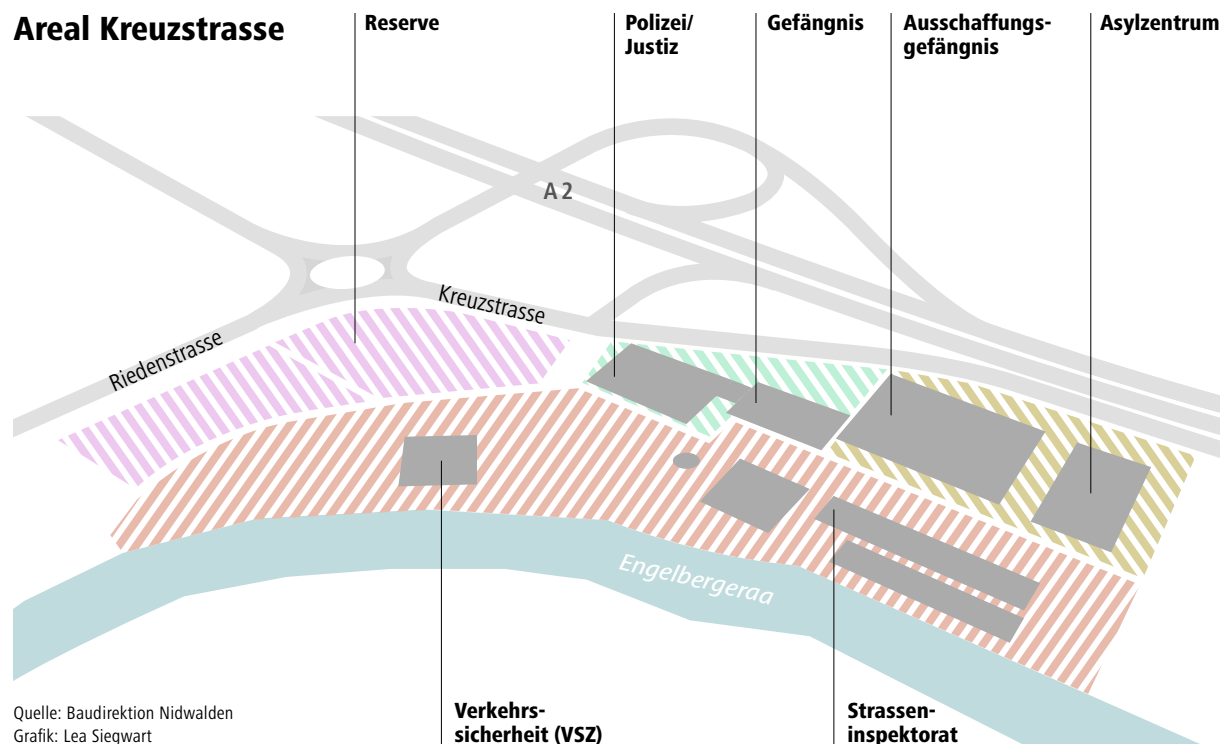
«Wir können die Betriebsabläufe nicht mehr einhalten.»

KARIN KAYSER,
SICHERHEITSDIREKTORIN



«Die verschiedenen Gebäude sind renovationsbedürftig.»

JOSEF NIEDERBERGER,
BAUDIREKTOR



Hürden für «Parmino»-Käserei sind fort

ALPNACH Käser Martin Flüeler kann aufatmen: Der WWF zieht die Beschwerde gegen die Teilrevision der Ortsplanung zurück.

ADRIAN VENETZ
adrian.venetz@obwaldnerzeitung.ch

Im Februar 2016 hatte das Alpnacher Stimmvolk einer Teilrevision der Ortsplanung grünes Licht gegeben. WWF Unterwalden und WWF Schweiz reagierten mit einer Beschwerde. Dies brachte vor allem den Alpnacher Käser Martin Flüeler in die Bredouille, weil damit seine geplante Betriebserweiterung blockiert wurde («Zentralschweiz am Sonntag» vom 10. Juli).

Nun sieht alles danach aus, dass die verzwickte Lage doch noch ein gutes Ende findet. «Der WWF hat entschieden, seine Beschwerde gegen die Teilrevision der Ortsplanung zurückzuziehen, und ermöglicht damit, dass die aktuellen Projekte in Alpnach umge-

setzt werden können. Dazu gehört unter anderem auch der Ausbau einer Käserei, die vom WWF nicht bestritten wurde», schreibt der WWF in einer gestern publizierten Medienmitteilung. Gemeindepräsident Heinz Krummenacher bestätigt auf Anfrage, dass er das Gespräch mit dem WWF gesucht habe und dass man sich einigen konnte.

Knackpunkt war «Chilcherli»

Gemäss der Mitteilung des WWF Unterwalden hat sich die Gemeinde Alpnach im Laufe der Verhandlungen «verpflichtet, im Gegenzug die Einzonung «Chilcherli» als Vergrösserung der Bauzone mit einzuberechnen, wenn das VBS die dortige Truppenunterkunft dereinst nicht mehr gebrauchen sollte, und diese Fläche nur für öffentliche Zwecke zu nutzen.» Die Rede ist hier vom Areal der Truppenunterkunft beim Flugplatz Alpnach. Der WWF Unterwalden möchte verhindern, dass die Gemeinde Alpnach dereinst das Gebiet als Wohn- oder Gewerbezone nutzt. Dies sei ohnehin keine Absicht der Gemeinde gewesen, sagt Heinz Krummenacher. Im Gespräch mit dem WWF sei es denn auch weniger darum ge-



«Für die Gemeinde ergeben sich keine Nachteile.»

HEINZ KRUMMENACHER,
GEMEINDEPRÄSIDENT

gangen, dem Umweltschutzverband Zugeständnisse zu machen, sondern eher um die Beseitigung von Missverständnissen. «Für die Gemeinde ergeben sich keine Nachteile», fasst Krummenacher die Einigung mit dem WWF zusammen.

«Verhandlungen liefen suboptimal»

Weiter schreibt der WWF Unterwalden in seiner Mitteilung, die Gemeinde habe

zugewilligt, dass sie «bei Vorliegen des neuen kantonalen Richtplans Obwalden in einer Gesamtrevision der Ortsplanung die Bauzonkapazitäten entsprechend anpasst sowie gegen die Zersiedlungsproblematik vorgeht». Auch dies sei im Interesse der Gemeinde und entsprechend unbestritten, hält Heinz Krummenacher dazu fest. War also alles nur ein grosses Missverständnis? «Die Einspracheverhandlungen mit WWF Unterwalden sind suboptimal gelaufen», räumt Gemeindepräsident Krummenacher rückblickend ein. «Wir hätten früher aufeinander zugehen und miteinander sprechen sollen.»

Gemeinsamen Nenner gefunden

Auch beim WWF Unterwalden scheinen sich die Wogen geglättet zu haben. Der Verband schreibt: «Die Hauptanliegen des WWF wie nachhaltiger Schutz des Kulturlandes, haushälterischer Umgang mit dem Boden, keine Zersiedelung der schönen Alpnacher Landschaft sind damit erfüllt. Der WWF sieht einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Gemeinde hoffnungsvoll entgegen.»

Marc Germann, Geschäftsführer des WWF Unterwalden, betonte gestern auf

Anfrage nochmals, dass es dem WWF in keinsten Art und Weise darum gegangen sei, die Produktionserweiterung der Käserei Flüeler zu verhindern. Doch weil in der Teilrevision der Ortsplanung verschiedene Umzonungen als «Paket» zur Abstimmung kamen, habe der Käsebetrieb halt «auch unter unserer Beschwerde mitgelitten». Der WWF habe sich vor allem daran gestört, dass die Gemeinde die Einzonung des Gebiets Chilcherli beim Flugplatz nicht in die «Gesamtrechnung» – wer einzont, muss auch auszonieren – genommen habe. «Nun wird die Gemeinde das korrigieren, und so haben wir einen gemeinsamen Nenner gefunden», sagt Germann.

Freuen über diese Einigung dürfte sich vor allem Käsermeister und «Parmino»-Hersteller Martin Flüeler – einer Erweiterung des Betriebs in Alpnach sollte damit nichts mehr im Wege stehen. Auf dem Areal gleich unmittelbar neben seinem Betrieb steht heute noch ein alter Stall. Die 1170 Quadratmeter grosse Parzelle wird nun von der Landwirtschaftszone zur Gewerbezone.

Flüeler weilt derzeit im Ausland und war gestern für eine Stellungnahme nicht erreichbar.